

Wilhelm Hamachers Grenzlandpolitik

Von Rolf Müller

Es gehört zu den angenehmen Aufgaben eines Historikers, die Bürger einer Stadt hin und wieder an bestimmte stadthistorisch hervorragende Ereignisse und Persönlichkeiten zu erinnern. Eine der unvergeßlichen Gestalten der Troisdorfer Geschichte ist Dr. Wilhelm Hamacher, der vor zwanzig Jahren, am 29. Juli 1951, in Bonn starb und auf dem Troisdorfer Waldfriedhof begraben wurde.

In einem Interview mit der Rhein-Ruhr-Zeitung im August 1946 sprach Wilhelm Hamacher den für ihn bezeichnenden Satz: „Zur Politik komme ich von meiner Liebe zur Geschichte her. Geschichte ist abgeschlossene Politik, und Politik ist werdende Geschichte“¹). Aus dieser besonderen Vorliebe für die Geschichte entwickelte sich in ihm ein ausgeprägtes Verständnis für den geographischen Raum, auf dem sich das Drama der Geschichte abspielt, und für die Menschen, die Gestalter dieses Dramas, mit ihrem Glauben, ihrem überlieferten Volkstum und ihrer Muttersprache. Er sah die Weltgeschichte als umfassenden Organismus und glaubte an unteilbare Geschichts- und Lebensräume.

Das Studium der Geschichte, vor allem der Geschichte seiner rheinischen Heimat, eröffnete ihm neben viel Erhebendem auch einen tiefen Einblick in die weniger erfreulichen Kapitel, so daß ihn immer stärker die Frage zu interessieren begann, „warum das Rheinland vom Westen her durch die Jahrhunderte hindurch so viel leiden“ mußte²). Der Gang der politischen Ereignisse nach 1918 lieferte ihm die Bestätigung seiner in erster Linie wissenschaftlichen Erkenntnis. Fast kein Grenzstreifen Deutschlands blieb in diesen Jahren verschont. Und als auch seine eigene Heimat in den Strudel der separatistischen Loslösungspolitik gezogen wurde und sich in der Praxis erneut die Stärke der zentrifugalen Kräfte

zeigte, reifte in Wilhelm Hamacher, der zu dieser Zeit Generalsekretär der Rheinischen Zentrumspartei war, der Entschluß, sich mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln diesem Ausverkauf Deutschlands entgegenzustemmen. Seitdem lief durch seine politische und kulturelle Arbeit ein beherrschendes Thema, das in seinen Briefen, politischen Schriften und Reden immer wieder auftauchte. Es hieß: *Volkstumspflege, Grenzlandpflege*.

Schon 1929 legte der damalige Reichsrat Hamacher in seiner Rede zur Einweihung des Baerschen Denkmals in Prüm/Eifel dar, wie sehr die verantwortlichen deutschen Staatsmänner gewillt seien, den jungen Staat auf neue Fundamente zu gründen. „Es sind die Grundlagen des deutschen Volkstums, dessen Kräfte wir erneut schätzen lernen, je mehr wir uns mit der deutschen Geschichte unserer engeren Heimat und des Rheinlandes vertraut machen“³). Etwa zwanzig Jahre später, am 24. März 1950, führte er vor dem Bundestag genau denselben Gedanken weiter: „In dem Mangel an Grenzlandpflege und in der Verständnislosigkeit für die Bedeutung der Grenzen liegt die letzte Erklärung dafür, daß wir an allen deutschen Grenzen, vor allen Dingen aber im Westen, in den vergangenen Jahrhunderten ein Stück Land nach dem anderen, ein Stück Volkstum nach dem anderen preisgeben mußten und verloren haben, obschon — und der Beweis hierfür ist von der Geschichte eindeutig zu erbringen — dieses Volkstum an den Grenzen treu zu Kaiser und Reich und zum deutschen Volk gestanden hat“⁴).

1 Rhein-Ruhr-Zeitung, 27. 8. 1946

2 Rhein-Ruhr-Zeitung, 10. 8. 1949, „Dr. Hamacher an seine Wähler“

3 Eifelvereinsblatt 10/1929, S. 131f

4 Bundestag, Sten.Ber. 51. Sitzung, 24. 3. 1950; 102. Sitzung 15. 11. 1950

5 Bundestag, Sten.Ber. 157. Sitzung, 6. 7. 1951

Seinen ersten Kampf um deutsches Grenzland führte Hamacher in den Jahren der *Ruhrbesetzung* und der *Separatistenbewegung* um 1923. „Was Grandval zur Zeit (1951) für die Saar ist, das war nach dem ersten Weltkrieg Herr Tirard für das Rheinland. Der Herr Bundeskanzler wird mir bestätigen, daß uns damals die Persönlichkeit Tirards sehr große Sorgen und sehr viel Arbeit gemacht hat“⁵⁾. Gerne kam Hamacher bei diesen Gedankengängen auf die enge Zusammenarbeit mit Konrad Adenauer und dessen Verdienst um die Auslöschung der Separatistenbewegung zu sprechen: „Ich erinnere den Herrn Bundeskanzler daran, welche wesentliche Mitarbeit er gerade in Berlin durch sein Auftrumpfen... geleistet und wie er erreicht hat, daß der Plan, das Rheinland abtrennen zu lassen, wie man einen kranken Arm amputieren läßt, von Berlin aufgegeben worden ist“⁶⁾.

Als nach 1945 die Verluste deutschen Landes diejenigen von 1918 weit in den Schatten stellten, stand Wilhelm Hamacher wieder mit wohlbegründetem Urteil und Mut zur eindeutigen Aussage zum Schutz Deutschlands bereit. So fand er im Bundestag treffende Worte für die wie ein Floß treibende ehemalige deutsche Hauptstadt und sagte: „... daß *Berlin* ein Vorort für den deutschen Osten ist und daß wir nicht daran denken können, den Osten wieder für uns zu gewinnen, wenn wir nicht Berlin so gesund und stark machen, wie einst *Magdeburg* als Ausgangsposten für die Kolonisation des deutschen Ostens gewesen ist...“⁷⁾. Im Dezember gleichen Jahres (1950) wies er auf die gefährdete Rheinstadt *Kehl* hin:

„Wer ... einmal in *Kehl* gestanden, westwärts auf das *Straßburger Münster* geschaut und dann zwischen *Straßburg* und *Kehl* den Rhein als Lebensader der deutschen Nation gesehen hat, dem kommt zum Bewußtsein, daß *Kehl* und sein jetziger Zustand ... eine blutende Wunde am Körper des deutschen Volkstums gerade hier an der Grenze ist...“⁸⁾. Mit Eindringlichkeit rief er einige Monate später im Plenarsaal des Bundestages den Engländern zu: „Hört auf mit dem grausamen Spiel! Denn Bomben auf *Helgoland* sind Bomben auf deutsches Land und auf das deutsche Volk!“⁹⁾. Und mit gleicher Unerschrockenheit forderte Hamacher seit 1945 mit immer anderen Argumenten auch die Wiedereingliederung des Saargebietes.

Wilhelm Hamacher war ein unbedingter Freund des *Saarlandes*. Das ist der Gesamteindruck, den man sowohl aus seinen Reden und Schriften wie auch aus dem Urteil seiner Parteifreunde und anderer Verfechter des Saargedankens gewinnt. Der Bundestagsabgeordnete Pannenbecker bestätigte aus persönlicher Erfahrung, Hamacher sei im Bundestag wiederholt nachhaltig für die deutschen Interessen des *Saarlandes* eingetreten; „dabei konnte er bei aller ihm sonst eigenen Bedachtsamkeit und Behutsamkeit gelegentlich in einen heiligen Zorn geraten“¹⁰⁾. In einem an Hamachers Verwandte gerichteten Beleidsschreiben lesen wir, „daß der Redner Wilhelm Hamacher in allen *Grenzland- und Volkstumstragen* eine schmerzliche Lücke hinterlassen“ werde. Der Deutsche Saarbund nannte ihn „einen nimmermüden, warmen Fürsprecher seiner Ziele“. Einer seiner Freunde von der Saar schrieb: „Als ich ihn ... zu einem Besuch nach Saarbrücken einlud, sagte er sofort zu. Er benutzte die Tage der Karwoche (1951), um hier mit uns zusammen zu sein und sich näher über die Verhältnisse an der Saar zu unterrichten...“¹¹⁾. Und der Bundestagsabgeordnete Hubertus Prinz zu Löwenstein schrieb: „Ich werde nie vergessen, was er für die Sache und für mich tat, als ich damals nach *Helgoland* ging und wiederum, als ich dem Bundestag vorschlug, eine freie Abstimmung im *Saargebiet* zu verlangen. Es war Dr. Hamacher, der diesen Gedanken aufgriff und unter Zitierung meines Berichtes in der ‚Zeit‘ den entsprechenden Antrag stellte...“¹²⁾.

So stand Wilhelm Hamacher, der als Bauernsohn aus eigener Familientradition den Wert jedweden Grundbesitzes kannte, immer bereit, wenn es galt, deutschen Boden und deutsche Menschen zu behüten. Seinen Wahlspruch, den er, bezeichnend für ihn, aus einem deutschen Volkslied nahm, zitierte er nicht nur häufig, sondern setzte ihn im Laufe seines Lebens von Fall zu Fall auch in die Tat um: „Ich laß von meiner Heimat nicht, was ihr auch sagen wollt!“ Deutschland in der umfassenden Be-

6 ebd.

7 Bundestag, Sten.Ber. 51. Sitzung, 24. 3. 1950; 102. Sitzung 15. 11. 1950

8 Bundestag, Sten.Ber. 104. Sitzung, 6. 12. 1950

9 Bundestag, Sten.Ber. 117. Sitzung, 14. 2. 1951

10 Stadtarchiv Troisdorf, „In memoriam Dr. Wilhelm Hamacher“, Manuskript, 1951

11 ebd.

12 Brief an Verfasser, 14. 8. 1952; „Die Zeit“, 31. 5. 1951: „Das Saargebiet wird zum Prüfstein Europas“

deutung des Wortes war ihm nicht nur eine Angelegenheit nüchternen Verstandes, sondern auch eine Sache des Gemütes und des Herzens.

Es hieße nach den bisherigen Ausführungen die politischen Ziele Wilhelm Hamachers falsch verstehen, wollte man hinter seinen ununterbrochen vorgetragenen Mahnrufen zu Grenzland- und Volkstumsfragen versteckte Ziele eines egoistischen Nationalisten, eines Imperialisten oder eines Alldeutschen suchen, der kein Mittel scheut, jeden erreichbaren Quadratkilometer für die Machterweiterung seines Landes zu beanspruchen. Bei einem Politiker, der so sehr dem Gedanken der „politischen Mitte“ verschrieben war, haben Machtpläne einfach keinen Raum. „Bei der Unausgeglichenheit des deutschen Volkes, seiner Neigung zu Extremen, zur Gründlichkeit und Maßlosigkeit, bei seiner geographischen Lage in der Mitte Europas zwischen dem mehr romanischen Westen und Süden und den slawischen Ostvölkern ist keine Politik für Deutschland so notwendig, wohl auch keine so schwer zu führen, wie die Politik der Mitte, . . . der Synthese der naturgegebenen Gegensätze und Spannungen . . .“¹³⁾ Nicht um die Schürung eines Krisenherdes ging es Hamacher, sondern vielmehr um einen harmonischen Ausgleich der historisch bedingten Gegensätze zwischen *Deutschland und Frankreich* und um einen für beide Seiten tragbaren *modus vivendi*¹⁴⁾. Hamachers Mitgliedschaft im *Deutsch-Französischen Volksbund*, dessen Ziel es war, den Boden für eine dauernde Verständigung zwischen den bisher so oft unverträglichen Nachbarn zu bereiten, war ein weiterer untrüglicher Beweis für die unbedingte Sauberkeit seines Strebens. Dieses offene Freundschaftsbekennnis – damals gar nicht selbstverständlich! – zu Frankreich befähigte ihn in besonderem Maße, ein gewichtiges Wort zu sprechen, ohne in Frankreich mißverstanden zu werden.

Die ersten Jahre der Saarpolitik Hamachers, etwa von 1945 bis 1947, standen im Zeichen einer noch nicht fest umrissenen Vorstellung von einer etwaigen Lösung des überaus komplizierten Knotens. Er schwankte zwischen Versuchen, Frankreich eine *Garantie* vor erneuten militärischen Angriffen durch Deutschland zuzusprechen, zwischen einer nicht klar formulierten *Europalösung* durch Aufnahme der Saar zusammen mit Deutschland in die Vereinigten Staaten von Europa und zwischen einer ebenfalls nur

angedeuteten *Volksabstimmung* der Saarbevölkerung¹⁵⁾.

Es ist aufschlußreich festzustellen, wie Hamacher in den folgenden Jahren, etwa von 1949 bis zu seinem Tode 1951, an seiner selbstgewählten Aufgabe wuchs. Mit einem sicheren Gefühl für Wesentliches löste er seine Saarpolitik aus ihrem rein historischen oder politisch-aktuellen Rahmen heraus und maß sie fortan mit dem zuverlässigeren Maßstab des *Absoluten*. Er gab die zunächst gefühlsmäßig betonte Politik auf zugunsten einer leidenschaftslosen Anerkennung des bloßen *Rechtes*. Die Bahn wurde gebrochen mit der Erkenntnis, „daß wir hier in der Entwicklung der Saarfrage nach meiner Überzeugung nichts anderes sehen müssen als die Fortsetzung der französischen Kabinettpolitik gegen Deutschland, die wir in den vergangenen Jahrhunderten immer wieder haben beobachten können . . . Wir müssen an Frankreich herantreten, diesen Weg zu verlassen“¹⁶⁾. Er wollte Frankreich die Kursänderung dadurch erleichtern, daß er selbst grundsätzlich jede Kabinettpolitik, d. h. selbstsüchtige Politik eines Machtstaates, als Methode entschieden ablehnte und sie überwunden wissen wollte durch eine Politik, die das *Naturrecht*, das unabhängig von jeder menschlichen Satzung ist und vor und über dem Staat liegt, als Grundlage und Richtschnur im Zusammenleben der Völker anerkannte. Im Verlauf dieses persönlichen Entwicklungsganges prägte Hamacher Sätze, die das Saarproblem mehr und mehr „als entscheidenden Kampf- und Angelpunkt im Ringen um die *Menschenrechte* für das Saarvolk und das gesamte deutsche Volk“ herausstellten¹⁷⁾. Folgerichtig baute er diesen Gedanken aus und nannte an anderer Stelle die Saar *ein völkerrechtliches Problem*, das zugleich auch ein Problem der gesamten Menschheit sei und Anspruch darauf erheben könne, den Vereinten Nationen vorgetragen zu werden¹⁸⁾.

Aus dieser Auffassung sprach eine eindeutige Absage an die absolute Eigengesetzlichkeit des Staates mit seiner von subjektiven Interessen getragenen

13 „Warum Zentrum?“, Rede Dr. Wilhelm Hamachers in Soest, 14. 10. 1945

14 Brief Hamachers an Schriftleiter E., 28. 4. 1951

15 Rhein-Ruhr-Zeitung, 13. 9. 1946, Rede Hamachers in Siegburg

16 Bundestag, Sten.Ber. 144. Sitzung, 30. 5. 1951

17 Brief Hamachers an Hubertus Prinz zu Löwenstein, 23. Juli 1951

18 Bundestag, Sten.Ber. 144. Sitzung, 30. 5. 1951



Abbildung 22

Wilhelm Hamacher (►) bei einem Besuch RK. Brünings in Siegburg.

und daher willkürlichen Politik; eine Absage an jeden Versuch, die Wahrheit der kosmischen Ordnung durch die Halbwahrheit einer historisch-immanenten Ordnung zu ersetzen. Aus dieser Auffassung sprach aber noch viel stärker der unerschütterliche Glaube an eine universale Völkerrechtsgemeinschaft mit unwandelbaren, für alle Menschen und Nationen verbindlichen Maßstäben, deren unbedingte Anerkennung durch alle Völker und Staaten zu fordern ist und deren Schwächung in jedem Falle einer Selbstaufgabe gleichkommt.

„Ich habe mir die Saarfrage vor einigen Wochen auch von *Paris* aus angesehen. Dort las ich auf verschiedenen öffentlichen Gebäuden den bekannten Dreiklang: *Liberté, Egalité, Fraternité*. *Liberté*, die *Freiheit* – wo ist die Freiheit für das Saargebiet, bei der Saarregierung? Wo ist die *Gleichheit* im Saargebiet? Wo ist erst die *Brüderlichkeit*? Das, was von

Paris aus im Saargebiet getan wird, das hat mehr Ähnlichkeit mit den Methoden, die von Moskau her für die *Ostzone* angewandt werden¹⁹⁾. Gerade auch vom Standpunkt einer gesamtdeutschen Politik, die Hamacher bei allen Teilfragen immer im Auge behielt, war die Berufung auf das absolute Recht der einzige Weg, das Saarproblem – wenn auch vielleicht auf weite Sicht – einer haltbaren Lösung zuzuführen. Frankreich konnte auf die Dauer einer naturrechtlich begründeten Saarfrage unmöglich ausweichen. Mit welchen Gründen wollten die deutschen und westlichen Politiker die Mißachtung der Grundrechte der Menschen in Mitteldeutschland durch die Sowjetunion anprangern, solange im Westen und dazu im Ursprungsland dieser Prinzipien an einem Musterbeispiel vorgeführt wurde, wie man Menschenrechte aus machtpolitischen Gründen für null und nichtig erklärte?

So sah Hamacher seine grundsätzliche Aufgabe darin, diesen Grundrechten zuerst einmal im eigenen

19 Bundestag, Sten.Ber. 157. Sitzung, 6. 7. 1951

Lager – hier: an der Saar – unbedingte Anerkennung zu verschaffen. Die Saarfrage wurde für ihn der „Prüfstein für das Geschick Europas“²⁰). Es mußte geprüft werden, ob die Mächtigen, nur weil sie Macht haben, mehr Rechte haben als die weniger Mächtigen, und ob geringere Macht mehr Pflichten und weniger Rechte bedeutet. Solange im eigenen Hause in dieser Kardinalfrage keine Einigung herrschte, blieb für Hamacher das Saargebiet „eine blutende Wunde, die unbedingt zum Heilen gebracht werden muß“²¹).

So ernst und dringend Hamacher sein Anliegen sah und verteidigte, so vergaß er nie, zu Besonnenheit und Zurückhaltung zu mahnen. „Ich bin der Überzeugung, daß wir nicht genug davon (Saar) reden können, freilich in gemessener Form“²²). Er warnte vor Übereilung oder gar blindem Fanatismus und empfahl die vorzüglichen politischen Tugenden des Maßhaltens und der Geduld. „Wenn man warten kann, immer kühl bleibt, sich nicht zu früh festlegt..., fallen einem die Früchte fast... in den Schoß“²³). Warten bedeutete für ihn aber nicht Untätigkeit, sondern langes Überlegen und Sammlung der Kräfte für die entscheidende politische Aktion. Es sei tief zu bedauern, so führte er einmal aus, daß die deutsche Grenzlandpolitik kaum etwas an zielbewußten Aktionen aufzuweisen habe. Frankreich aber „hat beim Elsaß gedacht und gehandelt und hat schließlich den Dauererfolg gehabt; auch beim Saargebiet können wir feststellen, daß Frankreich handelt und immer wieder handelt“, während der deutschen Geschichte nicht mehr als eine lange Liste von „Unterlassungssünden“ zu entnehmen sei²⁴).

In einer seiner letzten Bundestagsreden vor seinem Tode faßte Wilhelm Hamacher alle seine Bemühungen und Wünsche in einem zündenden Aufruf zur Tat zusammen. Dabei bediente er sich wie so oft eines Beispiels aus der französischen Geschichte, um die Franzosen aus ihrer eigenen Geschichte heraus zu mahnen: „Damals (1789) hat Graf Mirabeau die

Worte gesprochen: wir werden nicht auseinandergehen, bis das Parlament dem französischen Volk eine Verfassung gegeben hat. Möge auch der Bundestag, wenn er sich diesen von uns gestellten Antrag²⁵) zu eigen macht, nicht eher ruhen, bis dem Saargebiet die *volle Selbstbestimmung* wiedergegeben und die Saarfrage auf eine europäische Ebene getragen wird“²⁶). Die Rede, aus der das Zitat stammt, hielt er am 30. Mai 1951. Zwei Monate später starb er.

Am 1. Januar 1957 wurde die „blutende Wunde“ geheilt. „Geräuschlos, fast lautlos“, schrieb Friedrich Sieburg am 15. Januar 1957 in der Frankfurter Allgemeinen, „ist das Saargebiet ein Teil der Bundesrepublik geworden und damit zu Deutschland zurückgekehrt. Eine Frage, die noch vor wenigen Jahren mit dem Sprengstoff nationaler Gefühle geladen war und mit gefährlichem Gewicht auf den deutsch-französischen Beziehungen lastete, ja die Idee von Europa kompromitierte, hat ihre wohl vorbereitete, aber in ihrer Kühle an eine bloße Verwaltungsmaßnahme erinnernde Lösung gefunden. Mit dem lobenswerten Mangel an Lärm war eine zum Nachdenken auffordernde Nüchternheit verbunden, die sich von den Gefühlsstürmen, von denen der Kampf um die Saarfrage einst begleitet war, eindrucksvoll abhob...“

Wenn heute die deutsch-französische Freundschaft eine Selbstverständlichkeit ist, so sollte man nicht vergessen, wie steinig der Weg war und wieviele Menschen auf beiden Seiten daran gearbeitet haben. Einer von ihnen war Dr. Wilhelm Hamacher.

20 Bundestag, Sten.Ber. 144. Sitzung, 30. 5. 1951

21 Bundestag, Sten.Ber. 157. Sitzung, 6. 7. 1951

22 ebd.

23 Brief Hamachers an Bundeskanzler Konrad Adenauer, 28. 4. 1950.

24 Bundestag, Sten.Ber. 157. Sitzung, 6. 7. 1951

25 Bundestag, Sten.Ber. 144. Sitzung, 30. 5. 1951: „... deshalb treten wir mit dem Antrag an die Regierung heran, auf die Vereinigten Nationen einzuwirken, eine Abstimmung über die Saarfrage vorzubereiten...“

26 Bundestag, Sten.Ber. 144. Sitzung, 30. 5. 1951

Einige Daten aus dem Leben Wilhelm Hamachers

Dr. Wilhelm Hamacher, geboren in Troisdorf am 11. 10. 1883; Studium der Alten Sprachen, der Geschichte und Erdkunde in München und Bonn; Promotion zum Dr. phil. in Bonn 1911; Leutnant d. R. im ersten Weltkrieg; im höheren Schuldienst 1918 bis 1920; Generalsekretär der Rheinischen Zentrumsparlei seit 1920; Mitherausgeber der Zeitschrift „Abendland“; Vertreter des Gemeinderates in Troisdorf 1924 bis 1933; Vertreter der Rheinprovinz im Reichsrat 1926 bis 1933; Ende der pol. Laufbahn 1933; Studienrat 1933 bis 1945. Im gleichen Jahr tritt er für die Wiedergründung der Zentrumsparlei ein und wird Erster Vorsitzender; Leiter des Staatlichen Gymnasiums in Siegburg, 1946 Oberstudiendirektor; im August 1946 Kultusminister im ersten Kabinett des Landes Nordrhein-Westfalen; wegen schwerer Erkrankung scheidet er im Oktober 1946 aus; Mitglied des Kreistages und der Gemeindevertretung in Troisdorf 1948 bis 1951; Bürgermeister in Troisdorf 1948 bis 1951; Abgeordneter im Deutschen Bundestag 1949 bis 1951; Mitarbeit in den Ausschüssen für Gesamtdeutsche Fragen und für Wirtschaftspolitik, im Berlin-Ausschuß; nach kurzer Krankheit stirbt er an den Folgen einer Operation, am 29. Juli 1951 in Bonn und wird auf dem Waldfriedhof in Troisdorf begraben.